

## **Bundeswehr in der Außen- und Sicherheitspolitik und Kriegsverherrlichung.**

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik ist Kriegspolitik. Das begann Anfang der 1990er und tritt immer stärker zutage. Nachzulesen ist das im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und CSU vom September letzten Jahres. Ich will einige Passagen daraus zitieren. Auf 36 Seiten beschreibt das 134 seitige Papier die Grundlage dieser Politik. „Wachstum, Innovation und Wohlstand“. Gefolgt von dem Abschnitt „Verantwortung in der Welt“. Über diese Verantwortung der Politik werde ich reden. Darin werden Absichten formuliert wie die Verfasser des Koalitionspapiers Merkel, Gabriel und Seehofer „Wachstum, Innovation und Wohlstand“ nach außen erreichen wollen. Fast könnte man meinen, sie wollten dem Rest der Welt wieder voran gehen. Aber diesen Eindruck versuchen sie geflissentlich zu vermeiden.

Zunächst fängt alles recht unverfänglich an. Deutschland stelle sich seiner internationalen Verantwortung. Sie wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen sie sich von den Interessen und Werten ihres Landes leiten. Interessen? Wessen Interessen? Sicher nicht die Interessen der 60%, die keine Ausweitung der unter deutscher Beteiligung stattfindenden Kriege will. Dann geht es weiter, „Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein.“ Der Staat erklärt sich auch bereit „zur Lösung von Krisen und Konflikten“ beizutragen. Für Merkel, Gabriel und Seehofer stehen angeblich „die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.“ Und dann kommt „die Verlässlichkeit und Bündnistreue“. Sie wollen ein guter Partner bei der Gestaltung einer gerechten Weltordnung sein. Und gleich darauf kommen die Koalitionäre mit dem Kapitel „Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken“ zum Kern ihrer Politik. Hier eine kurze Zwischenbemerkung: Selbstverständlich macht das Koalitionspapier auch eine Anmerkung zur sogenannten Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Da bleibt es jedoch nur bei Absichtserklärungen, vielleicht sind sie nur noch nicht soweit eine europäische Streitmacht aufzustellen. Zukunftsweisend meinen sie, NATO- und EU-Fähigkeiten dürften sich nur ergänzen und nicht gegeneinander arbeiten. – Gemeint ist an dieser Stelle eine rein militärische Fähigkeit. Für die Fähigkeit zu zivile Konfliktlösungen bleibt es bei Merkel, Gabriel und Seehofer nur bei philosophierendem Anspruch.

Die letzten Absätze des Abschnitts „Verantwortung in der Welt“ behandeln dann konsequent die „Neuausrichtung der Bundeswehr“ auf mehreren Seiten. Gleich zu Beginn des Abschnitts kommen Merkel, Gabriel und Seehofer gleich mal zur Sache. „Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz,“ heißt es dort wörtlich. Heißt doch nichts anderes als „Die Bundeswehr ist im Krieg.“ Und das ist sie seit Jahren dauernd. Mal als Besatzer wie heute noch im Kosovo, mal als kämpfende Truppe, wie in Afghanistan. Ich erinnere nur an den Einsatz, den Oberst Klein vor fünf Jahren angerichtet hat. Mit der Bombardierung von zwei Tanklastern hat er an die 140 Menschen getötet. Offensichtlich waren die aller wenigsten Taliban. Die hatten sich längst zurückgezogen. Viele Opfer kamen aus benachbarten Dörfern. Sie wollten ihre Familien mit Heizmaterial versorgen. Dabei viele Kinder und Jugendliche. Das war ein Massaker. Akzeptiert von den politisch Verantwortlichen. Die Bundesanwaltschaft, die gegen Klein ermittelte, hat ihm einen Persilschein ausgestellt, er hätte ja von der Anwesenheit von Zivilisten nichts wissen müssen. Die Bundesanwaltschaft sah mit der Begründung von einer Klage ab. Mittlerweile ist Oberst Klein zum General befördert, weil er sich nichts zuschulden hätte kommen lassen, lies sein Verteidigungsminister verkünden

Weiter im Text des Koalitionspapiers. Die Attraktivität dieser „Armee im Krieg“ soll erhöht werden. Es sei wichtig, dass der Dienst in der Bundeswehr im dauerhaften Krieg attraktiv bleibt.

Verteidigungsministerin von der Leyen, will das machen. Neue Unterkunftsmöbel soll es geben und Fernseher auf die Stuben. Sie soll Familienpolitik für ihre Soldatinnen und Soldaten machen. Übrigens machte der Journalist Andreas Zumach auf einer Podiumsdiskussion während des OPEN OHR den Vorschlag, wenn man sie nicht als Kriegsministerin bezeichnen wolle, solle man sie Militärministerin heißen.

In der Mitte der Gesellschaft soll die Besonderheiten des Soldatenberufes erweitern erweitert werden. So will man die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherstellen. Mit Feierlichen Gelöbnissen will man eine Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft erreichen. Was heißt hier Verankerung? Nicht nur aus der Geschichte, auch in den heutigen Strukturen ist Militär undemokratisch. Das Gelöbnis, das vor dem Landtag abgehalten wird ist reiner Militarismus.

Und weiter im Text des Koalitionspapiers. Die Bundeswehr soll auch in Zukunft Parlamentsarmee bleiben. Die parlamentarische Beteiligung an der Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr hätte sich bewährt. Im April wurde eine „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“. Diese Kommission soll aber keineswegs die Rechte des Parlaments stärken. Sie soll im Gegenteil dessen Rechte zugunsten mehr Entscheidungsspielraums für die Regierung schwächen. Warum? Weil die Regierung für eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldatinnen und Soldaten in integrierten NATO, EU und bilateralen Strukturen mehr und schnelleren Entscheidungsspielraum für erforderlich hält.

Zum Schluss noch ein Beispiel lokaler Kriegsverherrlichung hier in Mainz. Am Fischtorplatz steht das sogenannte Kriegsmarinedenkmal aus dem Jahr 1939. Das Jahr, in dem der Zweite Weltkrieg begann. Dort steht ein Obelisk mit einer Inschrift, die den Untergang eines „heldenhaften Kreuzers Mainz“ würdigt. Dass dabei auch Soldaten ums Leben kamen, wird eigentlich nur nebenbei erwähnt. Und der Schluss der Inschrift lautet: „Den Gefallenen zum Gedächtnis und künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.“ Als Fossil der deutschen Geschichte, als die Nationalsozialisten vor ihrem Überfall auf Polen vorbereiteten, kann dieser Sandstein stehen. Aber dass der Oberbürgermeister seit Jahren zum sogenannten Volkstrauertag einen Kranz mit der Aufschrift: „Stadt Mainz – Oberbürgermeister“ dort hinhängen lässt ist Kriegsverherrlichung. Auch wenn er in einem Schreiben an die DFG-VK von der Inschrift distanziert, so ist die Hängung des Kranzes die Bestätigung von Kriegsverherrlichung. Wenn auch wortlose Kriegsverherrlichung.